

Region

Der Berner, der die Schweiz wachrüttelte

Wächter über den Strommarkt Werner Luginbühl riet im Sommer zum Kauf von Kerzen. Ahnte der Präsident der Elektrizitätskommission, welche Folgen sein Aufruf haben würde?

Brigitte Walser

Mit reisserischen Aussagen war Werner Luginbühl bis dahin nicht aufgefallen. Im August aber sagte der oberste Wächter des Schweizer Strommarktes einen Satz, den viele kaum für möglich gehalten hätten. «Es ist sicher ratsam, genügend Kerzen im Haus zu haben», sagte er gegenüber der «NZZ am Sonntag».

Stromausfälle in der Schweiz? Ständerat Ruedi Noser (FDP) wird später erzählen, es sei dieser Satz gewesen, der ihn für ein Notgesetz habe weibeln lassen. Das Parlament boxte dieses gegen alle Gepflogenheiten und in Rekordzeit im September durch. Das Gesetz soll die Stromproduktion vorantreiben, indem es den Bau von Solaranlagen sowie die Erhöhung der Grimselstaumauer ermöglicht.

Hat Luginbühl damit sein Ziel erreicht? Er, der noch ein Jahr zuvor betont hatte, man dürfe nicht in Alarmismus verfallen?

An einem Morgen Ende Oktober nimmt der Berner Oberländer am Sitzungstisch der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (Elcom) Platz und blickt im Gespräch auf die vergangenen Monate zurück. Das Gremium hat seine Büros mitten in Bern. Als Luginbühl das Präsidium im März 2020 übernahm, startete er wegen der Corona-Massnahmen zwar vom Homeoffice in Krattigen aus. Das Pendeln in die Bundesstadt wäre für ihn aber nicht neu gewesen, er kennt es von seiner früheren Tätigkeit als bernischer Regierungsrat und späterer Ständerat (BDP).

«Das war nicht Alarmismus», sagt er nun über seine Aussage vom Sommer, «das war gesunder Menschenverstand.»

Zur Erklärung holt er aus: Es sei durchaus möglich, dass die Schweiz mühelos durch den Winter komme. Aber die Elcom könne nicht ausschliessen, dass im schlimmsten Fall der Strom gebietsweise und temporär abgeschaltet werden müsse. «Und wenn diese Situation nicht ausgeschlossen werden kann, muss man sie durchdenken – und zwar bis zum Ende.» Deshalb habe er

sich so geäussert, sagt Werner Luginbühl.

Dass der Satz mit den Kerzen derart stark gewichtet und so weitreichende Folgen haben würde, habe er nicht geplant. Aber das Resultat muss ihn gefreut haben, denn der Berner Oberländer kritisiert seit langem, die Hürden für erneuerbare Energien im Inland seien zu hoch. Gefällt er sich in der Rolle des Unheilsboten, wie dies die «Weltwoche» behauptete? Er entgegnet trocken: «Es war nicht besonders attraktiv, kurz nach Covid wieder vor einer Krise warnen zu müssen.»

Seit Sommer 2021 im Krisenmodus

Im Normalfall gehört es zu den Aufgaben der Elcom, die Strompreise zu prüfen und dafür zu sorgen, dass die Energiegesetze eingehalten werden. Doch der Normalfall gilt für die Kommission schon lange nicht mehr. Bereits im Sommer 2021 wechselte sie in den Krisenmodus. Zuvor hatte der Bundesrat den Rahmenvertrag mit der EU platzen lassen und damit auch das Stromabkommen. Die Elcom sah deshalb ab 2025 Probleme auf die Schweiz zukommen. Sie beantragte dem Bundesrat, für Wasserreserven in den Stauseen zu sorgen. Diese sind vor wenigen Tagen zugeteilt worden. Ausserdem schlug die Elcom Gaskraftwerke als Notstromaggregate vor.

Im Ständerat hatte sich Luginbühl für eine Verschärfung des CO₂-Gesetzes starkgemacht. «Nun verlangte ich Gaskraftwerke», sagt er. Ein Widerspruch, doch mit seiner neuen Rolle als Elcom-Präsident änderte die Perspektive. «Jetzt geht es allein um die Versorgungssicherheit. Ideologien haben keinen Platz», sagt Luginbühl. Der Elcom stehe es nicht zu, eine bestimmte Technologie zu fordern oder zu bevorzugen. Dass sie es mit dem Antrag für Gaskraftwerke trotzdem getan habe, sei der aussergewöhnlichen Situation geschuldet.

Von da an ging es Schlag auf Schlag. Kurz vor Weihnachten 2021 hatte die Elcom ein Gesuch

des Energiekonzerns Alpiq um finanzielle Hilfe auf dem Tisch. Die Preise für Gas und Strom spielten derart verrückt, dass Alpiq befürchtete, die im Stromhandel nötigen Garantiesummen nicht mehr aufbringen zu können.

Zwar zog Alpiq den Antrag wieder zurück, doch nun begann der Bundesrat, einen Rettungsschirm vorzubereiten. Prompt musste er ihn für die Axpo aufspannen, noch bevor das Gesetz im September das Parlament

«Das war nicht Alarmismus. Das war gesunder Menschenverstand.»

passiert hatte. Energieministerin Simonetta Sommaruga verkündete einen Kredit von bis zu vier Milliarden Franken. Von «too big to fail» war die Rede – Worte, die Luginbühl bekannt vorgekommen sein mussten. Er sass als Ständerat in der zuständigen Wirtschaftskommission, als es 2008 darum ging, die Grossbank UBS zu retten.

Es wurde nicht mehr ruhig um die Elcom

Ab Anfang dieses Jahres spitzte sich die Lage zu. Im Februar überfiel Russland die Ukraine. In Frankreich fielen AKW aus. Der trockene Sommer liess die Pegelstände in den Stauseen sinken. Im August war es dann so weit: Luginbühl gab das Interview mit den Kerzen und trat die Lawine los.

Auf dem Papier umfasst seine Stelle ein 60-Prozent-Pensum. Doch nun wurde es nicht mehr ruhig um die Elcom und ihren Präsidenten. Damit hatte der 64-Jährige zu Beginn seiner Amtszeit nicht gerechnet, die Arbeit sei herausfordernder, aber auch spannender geworden. «Nun kennt man die Elcom», fasst er die letzten Monate lakonisch zusammen.



Werner Luginbühl am Sitz der Elektrizitätskommission in Bern. Seit Frühling 2020 ist der Alt-Ständerat deren Präsident. Foto: Nicole Philipp

Eigentlich warnte die Kommission schon ab 2018 vor einem Strommangel. Damals hatte sie die weitere Zukunft im Blick, die 2030er-Jahre, in denen weitere AKW vom Netz gehen sollen. «Man tat die Elcom als Schwarzmalerin ab, aber jetzt ist es schlimmer gekommen, als selbst wir es uns vorgestellt hatten», sagt Luginbühl. Das heisst: Auch für die Zukunft sind die Aussichten düsterer als angenommen.

Parlamentarier Luginbühl war ein Befürworter der Energiewende, die in diesem Licht zum Risiko geworden ist. «Ich glaube nach wie vor, dass es nicht viele Alternativen zur Stossrichtung dieser Strategie gibt», sagt Luginbühl. Aber in der Umsetzung gebe es tatsächlich Mängel. So sei man etwa davon ausgegangen, dass die Schweiz Teil des europäischen Strommarktes werde – was nun nicht der Fall ist. «Wir brauchen im Strombereich dringend ein geordnetes Verhältnis zu Europa», betont Luginbühl.

Und wie schätzt er die aktuelle Lage ein? Jetzt, da Frankreich die AKW wieder ans Netz bringen will, der Herbst Regen brachte und die Gaspreise wieder sinken? Die Lage habe sich ein wenig verbessert, sagt Luginbühl. «Persönlich bin ich zuversichtlich.» Aber Entwarnung gibt er nicht. «In dieser angespannten Situation kann immer etwas passieren.»

Sind die Strompreise rechtens?

Wird die Elcom, wenn alles gut kommt, die starken Strompreiserhöhungen korrigieren können und nachträglich Preissenkungen verfügen? Luginbühl winkt ab. Die hohen Preise seien in den allermeisten Fällen begründbar und rechtens.

In den nächsten Monaten wird es im besten Fall wieder etwas ruhiger für die Elcom – allerdings auch im schlimmsten. Denn sollte es zu einer akuten Krise kommen und die Schweiz tatsächlich auf Kerzen zurückgreifen müssen, würde nicht Luginbühls Elcom, sondern die Organisation für Stromversorgung in ausserordentlichen Lagen (Ostral) aktiv werden.

Meyer Burger baut wieder Maschinen in Thun

Neues Geld Die Solarfirma erhält über eine Kapitalerhöhung 250 Millionen Franken. Davon profitiert auch der gebeutelte Standort Thun.

Meyer Burger erhält nochmals eine Chance. Die Aktionärinnen und Aktionäre des krisengebeutelten Solarunternehmens haben die fünfte Kapitalerhöhung seit 2009 gebilligt, mit sehr grossem Mehr.

98,5 Prozent stimmten gestern an der ausserordentlichen Generalversammlung in Thun für die Ausgabe neuer Aktien. Das Solarunternehmen wird damit 250 Millionen Franken einnehmen. An der Versammlung fielen zwar einige kritische Voten. Diese richteten sich aber nicht gegen die Kapitalerhöhung, womit die Aktionäre wieder zur Kasse gebeten werden. Sondern mehrere Teilhaber forderten, dass das Unternehmen jetzt endlich wieder profitabel werden und Dividenden auszahlen müsse.

Verwaltungsratspräsident Franz Richter nannte zwar kein Datum, wann es wieder eine Dividende gebe. Aber Ende Jahr dürfe die operative Gewinnschwelle erreicht sein, danach solle es weiter aufwärtsgehen. Richter dankte den Aktionärinnen und Aktionären für das Vertrauen und die Unterstützung der «beschleunigten Wachstumsstrategie».

Maschinen für US-Standort

Mit dem neuen Kapital will Meyer Burger die Produktion von Solarzellen und Solarmodulen ausbauen. Neben dem weiteren Aufbau der beiden Werke in Ostdeutschland soll in Goodyear im USA-Bundesstaat Arizona eine neue Fabrik eröffnet werden.

Von der Offensive profitiert auch der Standort Thun. Meyer-

Burger-Chef Gunter Erfurt sagte am Rande der GV im Gespräch mit dieser Redaktion, in Thun würden wieder Maschinen produziert. Das ist die erste Stärkung für den Hauptsitz seit etlichen Jahren. Nach mehreren Abbaurunden war hier die Produktion Ende 2018 eingestellt worden. Von einst über 1000 Arbeitsplätzen verblieben nur etwa 70 Stellen in der Verwaltung sowie in Forschung und Entwicklung.

So wurden weiterhin Prototypen für neue Maschinen in Thun entwickelt. Dieses Fachwissen will Erfurt nun nutzen, um die neuesten Maschinen für die Modulproduktion in den USA herzustellen. Ob dafür zusätzliche Stellen geschaffen werden, liess er offen. Klar ist aber, dass die Maschinen nur für den internen

Gebrauch sind. Meyer Burger wird also nicht wieder in grossem Stil Maschinen herstellen.

Grossaktionär enteignet

Die Neuausrichtung vom Maschinenbauer zum Solarmodulhersteller hatten Investoren um den Russen Pjotr Kondraschew durchgesetzt. Dieser ist heute noch mit einem Anteil von 10 Prozent grösster Aktionär. Kondraschew hatte angekündigt, dass er die Kapitalerhöhung unterstütze und entsprechend 10 Prozent der Kapitalerhöhung respektive 25 Millionen Franken beisteuere.

Zwar machte Kondraschew einst Karriere im sowjetischen Bergbau und wurde bei der Privatisierung des Kalisalzförderers Silwinit reich. Mit dem Regime von Russlands Präsident Wladi-

mir Putin soll der 73-Jährige aber nicht verhandelt sein, heisst es aus informierten Kreisen. Er figuriere auf keiner westlichen Sanktionsliste.

Vielmehr sei Kondraschew in Russland mit einer entschuldigungslosen Enteignung konfrontiert worden. Auch das Webportal «Intelligenceonline» berichtete, Kondraschew sei vor ein paar Monaten beim russischen Bergbauunternehmen Solikamsk Magnesium Plant ausgesperrt worden.

Ein Schiedsgericht und die russische Kartellbehörde hätten Kondraschews Mehrheitsanteile dem Staat übertragen, weil die Privatisierung in den 1990er-Jahren illegal erfolgt sei. Dabei stützten sie sich auch auf ein Regierungsdekret nach dem Angriff

auf die Ukraine, wonach ausländische Gesellschaften keine russischen Firmen mehr besitzen dürfen, die für die nationale Sicherheit wichtig sind. Kondraschew wurde beschuldigt, Materialien aus dem Magnesiumwerk an das westliche Militärbündnis Nato zu liefern.

Kritiker sagen dagegen, Pjotr Kondraschew werde attackiert, weil dessen Gewinne nicht nach Russland zurückfliessen würden. Kondraschew lebt seit 2008 in Wien. Er hatte bei der letzten Kapitalerhöhung zur Rettung von Meyer Burger im Sommer 2020 zusammen mit verbündeten Aktionären rund 30 Prozent abgesehen und für 50 Millionen Franken neue Aktien gekauft.

Julian Witschi